

Das gefährliche Spiel der SPD mit der Energie-Versorgungssicherheit



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Veröffentlicht am 19.11.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Das Kraftwerk Irsching an der Donau: Als Ausgleich für Wind- und Solarschwankungen braucht Deutschland dutzende neue Anlagen dieser Größenordnung

Quelle: picture alliance/SvenSimon/Frank Hoermann/SVEN SIMON

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion will die Bundesnetzagentur mehr Gaskraftwerke bauen lassen als eigentlich nötig wären. Belege für diese Behauptung hat sie allerdings nicht. Der Kampf der Genossen gegen die Kraftwerke kann für die Versorgungssicherheit noch zum Problem werden.

Während einer Fußballweltmeisterschaft hat Deutschland 80 Millionen Bundestrainer, während einer Pandemie 80 Millionen Virologen und während einer Energiewende 80 Millionen Stromexperten. Den letzten Eindruck gewinnt man aus der aktuellen Debatte um die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung.

Praktisch jeder, der nur ansatzweise mit Umwelt-, Klima- oder Energiethemen zu tun hat, glaubt besser zu wissen als die Bundesnetzagentur, wie viele Gaskraftwerke Deutschland wirklich braucht, damit in Zeiten ohne Wind- und Solarstrom die Lichter nicht ausgehen.

Dass darüber inhaltlich diskutiert wird, ist begrüßenswert. Information und Aufklärung über die Herausforderungen der Energiewende sind wichtiger denn je. Gefährlich wird es aber, wenn eine Regierungspartei glaubt, den Bedarf an Back-up-Kraftwerken aus dem Bauch heraus schätzen zu können – und dabei auch noch die Zuverlässigkeit der Bundesnetzagentur (<https://www.businessinsider.de/politik/bundesnetzagentur-chef-stromausfall-wie-in-spanien-sehr-unwahrscheinlich/>) als oberste Energiebehörde infrage stellt.

Brüssel genehmigt nur wenig Subventionen

Die Bundesnetzagentur hatte schon vor rund zwei Jahren mit hunderten Fachleuten und im engen Austausch mit den großen Netzbetreibern ermittelt, dass Deutschland Investitionen in neue Gaskraftwerke in relevantem Umfang von 17 bis 21 Gigawatt bis 2030/2031 brauche. Das wären rund 40 große Kraftwerke, die neu gebaut werden müssen.

In diesem Jahr legte die Behörde noch mal nach: Im realistischen Szenario einer „verzögerten Energiewende“ brauche Deutschland schon fünf Jahre später, also 2035 sogar 35 Gigawatt „steuerbarer Leistung“, die nicht vom Wetter abhängig ist. Das wären dann 70 große Kraftwerke der 500-Megawattklasse, zu bauen innerhalb der kommenden zehn Jahre.

Weil sich für ein Bauprogramm dieser Größenordnung bislang nirgendwo Investoren fanden, beantragte schon der frühere Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei der EU eine Subventionserlaubnis. Die wurde ihm genauso verweigert wie bislang seiner Nachfolgerin Katherina Reiche (CDU).

Dass Deutschland einen gigantischen fossilen Kraftwerkspark mit Steuergeld bauen lassen will, widerspricht den Grundregeln freien Wettbewerbs in der EU. Schon Habeck kürzte seinen Antrag schließlich nolens volens auf ungenügende 12,5 Gigawatt zusammen – um überhaupt eine Chance auf Genehmigungen der Brüsseler Wettbewerbshüter zu bekommen.

Reiche steht jetzt unmittelbar vor einem Durchbruch in den Verhandlungen. Wie aus dem Spitzengespräch der Regierungskoalition vom vergangenen Freitag hervorgeht, dürfte Brüssel wohl bald Zuschüsse für den Bau von zehn Gigawatt Kraftwerkskapazität sowie weiteren zwei Gigawatt anderer „steuerbarer Leistung“, also zum Beispiel Batteriespeicher zustimmen. Die Anlagen könnten mit großem Glück noch 2031 in Betrieb gehen.

Allerdings bleibt die Beihilfegenehmigung weit hinter dem zurück, was die Bundesnetzagentur für technisch notwendig hält. Doch ein größeres Beihilfepaket mag die EU-Kommission eben nicht zulassen: Zu groß sind die Beschwerden der Nachbarländer Deutschlands, die wegen der deutschen Milliarden-Subventionen Nachteile im eigenen Strommarkt erwarten.

Die SPD-Fraktion im Bundestag ist offenbar der Ansicht, dass der Beihilfeantrag für 21 Gigawatt ohnehin überzogen war. „Dass wir uns bei der staatlichen Förderung beim Bau neuer Gaskraftwerke auf geringere Volumina als ursprünglich im Gespräch geeinigt haben, begrüße ich“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Armand Zorn: „Es ist gut, dass die Volumina jetzt auf einen für die Versorgungssicherheit realistischeren Wert reduziert werden.“

Zorn und die Bundestagsfraktion der SPD glauben also besser zu wissen als die Bundesnetzagentur, was ein realistischer Wert für die Versorgungssicherheit ist: Sie halten es für „gut“, wenn jetzt nur zwanzig statt der nötigen 40 Kraftwerke gebaut werden können.

Obwohl es letztlich um die Sicherheit der deutschen Stromversorgung geht, scheinen die Genossen dabei lediglich einem Bauchgefühl zu folgen. Alternative Studien, die den von der BNetzA ermittelten Bedarf relativieren würden, konnte die Fraktion auf Nachfrage von WELT jedenfalls nicht präsentieren.

Eher Angst vor Über- als vor Unterkapazitäten

„Wir widersprechen den Szenarien der Bundesnetzagentur nicht mit unserer Aussage“, erklärte eine Sprecherin der Fraktion auf Nachfrage. „Natürlich wird für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit mehr flexible Leistung notwendig sein“, doch „die muss nicht zwingend aus Gaskraftwerken stammen“. Es würden auch „andere steuerbare Technologien“ und Demand-side-Flexibilität eine wichtige Rolle spielen“.

Mit letzterem sind Anreize für Stromverbraucher gemeint, die in Zeiten von wenig Wind und Sonne ihren Verbrauch einschränken. Wenn Brüssel jetzt nur Subventionen für zehn statt 21 Gigawatt Reservekraftwerke zulasse, „können wir uns sicher sein, dass keine Überkapazitäten entstehen“. Die Sorge der SPD, dass „Überkapazitäten“ an Gaskraftwerken schlimmer seien, als eine drohende Unterversorgung mit gesicherter Leistung, erscheint befremdlich.

Denn da die Gaskraftwerke ohnehin nur wenige Stunden laufen sollen, um Dunkelflauten zu überbrücken, dürften ihre Betriebskosten überschaubar bleiben. Unterkapazitäten könnten jedoch einen Zusammenbruch der Stromversorgung auslösen. Das könnte nicht nur milliardenschwere Folgekosten haben, wie man aus dem Blackout auf der iberischen Halbinsel im April hätte lernen können – es wäre auch potenziell lebensbedrohlich.

Doch der durch Studien kaum belegte Glaube, der Bedarf an Gaskraftwerken könne durch „Batterien“ und Steuerung von Stromnachfragern nennenswert gedrückt werden, ist auch außerhalb der SPD verbreitet. Es handelt sich allerdings aus mehreren Gründen um einen Irrglauben.

Denn große Batteriespeicher haben die Eigenschaft, nach vier Stunden leer zu sein. Eine Dunkelflaute ohne Wind- und Sonnenstrom kann jedoch zwei Wochen anhalten und mehrmals im Winterhalbjahr auftreten. Als Schutz dagegen helfen nur Gaskraftwerke, keine Batterien.

Andere „Flexibilitäten“ sind nicht leicht zu erschließen: Das [bi-direktionale Laden](https://www.welt.de/motor/news/article250538802/Hochlauf-soll-2028-kommen-Roadmap-fuer-bidirektionales-Laden.html) (<https://www.welt.de/motor/news/article250538802/Hochlauf-soll-2028-kommen-Roadmap-fuer-bidirektionales-Laden.html>) von E-Autobatterien steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Die Stromnachfrage von [Wärmepumpen](https://www.businessinsider.de/wirtschaft/waermepumpe-statt-gas-grafiken-zeigen-rasanten-wandel-beim-heizen-von-wohnungen/) (<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/waermepumpe-statt-gas-grafiken-zeigen-rasanten-wandel-beim-heizen-von-wohnungen/>) ausgerechnet in den kältesten Tagen des Jahres zu „steuern“, also einzuschränken, dürfte für viele ebenfalls keine attraktive Option sein.

Große Teile der Industrie, insbesondere der Chemieindustrie (<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/unternehmer-fordert-import-von-russischem-gas-es-gibt-eine-andere-moeglichkeit/>) haben bereits erklärt, dass das ständige Rauf- und Runterfahren der Maschinen je nach Stromverfügbarkeit nicht nur deren Leistungselektronik schädigen kann, sondern auch Produktionsverbünde unterbricht und Umsatzeinbußen beschert, die dann finanziell entschädigt werden müssten.

Batterieblase könnte platzen

Die Hoffnung, dass man sich durch das Nutzen solcher „Flexibilitäten“ den Bau von Reservekraftwerken sparen kann, ist zumindest fragwürdig – wahrscheinlich aber sogar fahrlässig. Was passiert, wenn anders als geplant im Jahre 2030 nicht 15 Millionen E-Autos verkauft sind und die Besitzer wenig Lust dazu haben, ihre Batterien nachts dem Netzbetreiber zur Verfügung stellen? Was, wenn der aktuelle Antragsboom für Großspeicher in sich zusammenfällt, weil sie auf einmal nicht mehr profitorientiert, sondern nach den Bedürfnissen der Netzbetreiber gesteuert werden müssen?

Die Gefahr, dass sich solche Optionen zerschlagen, ist hoch. Wer auf dieser wackeligen Grundlage auch nur auf ein einziges verlässlich produzierendes Gaskraftwerk verzichten will, fährt ein hohes Risiko.

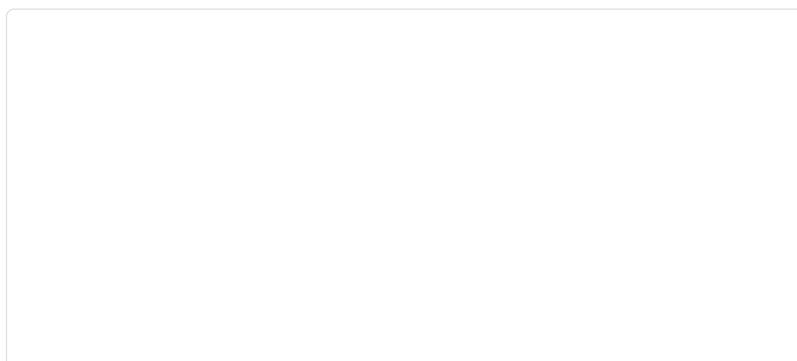
Die Behauptung der SPD-Fraktion, man könne die Hälfte der nötigen Gaskraftwerke durch Batterien und andere „Flexibilitäten“ ersetzen, ist schon deshalb fehlgeleitet, weil die Bundesnetzagentur selbst in ihrem Versorgungssicherheitsbericht davon ausgeht, dass solche Flexibilitäten ohnehin gebaut werden müssen. Demnach ist die Stromversorgung künftig nur gesichert, wenn 21 Gigawatt Gaskraftwerke gebaut werden und zusätzlich Flexibilitäten im zweistelligen Gigawattbereich hinzukommen. Davon, dass das eine das andere in nennenswerten Umfang ersetzen könnte, ist nicht die Rede.

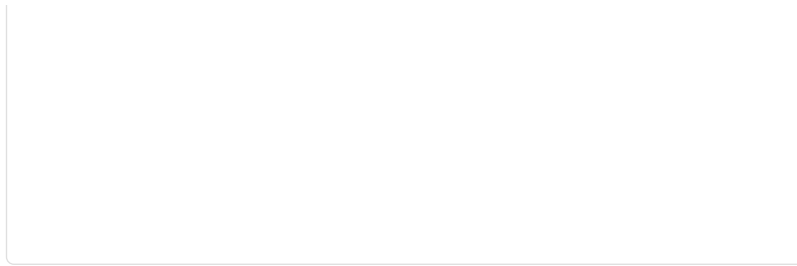
Anders als die SPD hält der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) den von der Bundesnetzagentur ermittelten Bedarf deshalb nicht für überdimensioniert. „Denn auch der vorherige Versorgungssicherheitsbericht sowie europäische ERAA-Analysen und Netzentwicklungspläne zeigen für die 2030er-Jahre ähnliche Bedarfe auf“, erklärte die BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae auf WELT-Nachfrage. Alle Studien zeigten „einen deutlichen Ausbaubedarf bzw. große marktliche Versorgungslücken in den 2030er-Jahren. Dieser Bedarf verstärkt sich durch die gesetzliche Reduktion des Kohleverstromungsbeendigungsgesetz und durch die bestehende Altersstruktur der Kraftwerke.“

In der Branche der erneuerbaren Energien glauben trotzdem viele, dass die Bundesnetzagentur den Bedarf an Gaskraftwerken falsch prognostiziert hat. „Wenn Milliarden an Steuergeldern in klimaschädliche Gaskraftwerke fließen, sinkt die Nachfrage für saubere, dezentrale Alternativen wie Speicher, Wind- und Solarparks oder flexible Stromtarife“, glaubt Sönke Tangermann, Co-Vorstand des von Greenpeace gegründeten Verbandes Green Planet Energy.

Den Glauben, dass wetterabhängige Wind- und Solaranlagen allein die sichere Versorgung garantieren könnten, teilt offenbar auch die Deutsche Umwelthilfe. Die Tatsache, dass die EU-Kommission kaum mehr als die Hälfte der eigentlich benötigten Kraftwerke genehmigen will, belege, dass Bundeswirtschaftsministerin Reiche „mit ihren ursprünglich geplanten Kapazitäten zwar den Wünschen der Gaslobby gerecht werden wollte, damit aber völlig überzogen und das EU-Recht sowie die Klimaziele aus den Augen verloren hatte“, erklärte die Umwelthilfe.

Aus ihrer Sicht zeigt die Zurückhaltung der EU bei der Beihilfegenehmigung nicht wettbewerbspolitische Bedenken, sondern entlarve Reiches „fossile Agenda“. Dass Reiche lediglich den Sicherungsauftrag der Bundesnetzagentur erfüllen wollte, kommt den Energiewende-Protagonisten nicht in den Sinn.





Merkwürdig: Der führende Thinktank der Umweltszene, Agora Energiewende, hatte in seiner gerade erst drei Jahre alten Studie „[Klimaneutrales Deutschland 2035](https://www.agora-energiewende.de/publikationen/klimaneutrales-stromsystem-2035) (<https://www.agora-energiewende.de/publikationen/klimaneutrales-stromsystem-2035>)“ noch viel mehr Gaskraftwerke für nötig befunden, als Reiche oder die Bundesnetzagentur. Die Öko-Denkfabrik ging davon aus, dass die Kapazität von heute rund 30 Gigawatt Gaskraft bis 2035 auf 61 Gigawatt mehr als verdoppelt werden muss. Doch merkwürdig: Eine „fossile Agenda“ unterstellt niemand der Agora Energiewende: Es scheint, als wollten die Energiewende-Fans lieber den Mantel des Schweigens über ihre einstigen eigenen Berechnungen werfen.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und „[Business Insider Deutschland](https://www.businessinsider.de/) (<https://www.businessinsider.de/>)“ erstellt.

[Daniel Wetzel](https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/) (<https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/>) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.